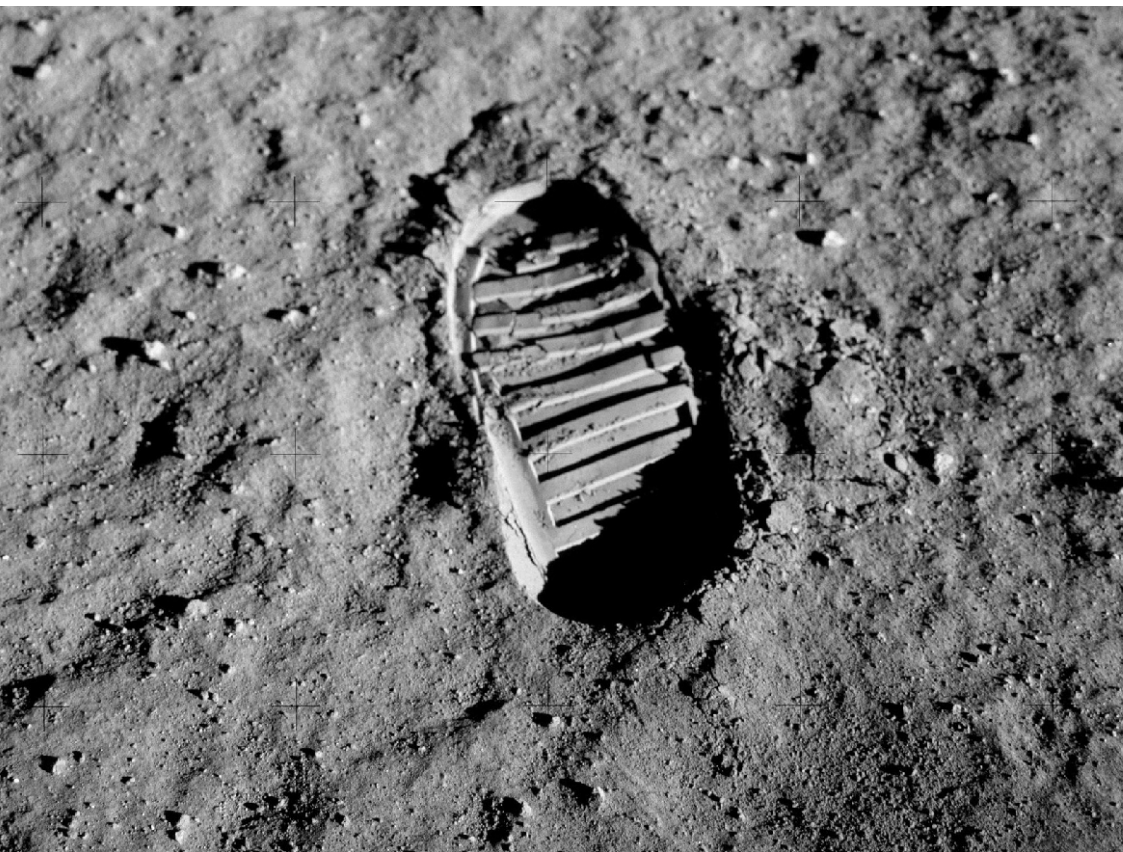




Bund der Steuerzahler Schweiz

DAS STEUERZÄHLER-BULLETIN



**Der staatliche Fussabdruck ist
überraschend gross**



DAS STEUERZÄHLER-BULLETIN

Ausgabe: Januar 2023

*Herausgeber: Bund der Steuerzahler
General-Wille-Strasse 12
8002 Zürich*

*Tel. 044 451 18 10
Fax 044 451 18 12
www.bds-schweiz.ch*



Layout: Optinovum GmbH, 3018 Bern

Druck: Coloroffset AG, 3012 Bern

*Quelle: Martin Troxler, Presse- und Informationsdienst
Centre Patronal (Nr. 2499)*

Bilder: www.pixabay.com, Optinovum GmbH

Der staatliche Fussabdruck ist überraschend gross

Das Beschäftigungsvolumen im öffentlichen Sektor der Schweiz hat ein beträchtliches Ausmass angenommen, wenn die staatlichen und staatsnahen Unternehmen mitberücksichtigt werden. Dies wird befeuert durch Wachstumsraten, welche deutlich höher sind als in der Privatwirtschaft. In der Bundesverwaltung wird das Stellenwachstum zudem durch einen deutlichen Anstieg der im Vergleich zum Privatsektor bereits hohen Durchschnittslöhne und eine Akademisierung begleitet. Dies wirft grundsätzliche Fragen auf.

Martin Troxler, Centre Patronal

Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor wächst dynamisch

Mit der anfangs September 2022 publizierten Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern unter der Leitung von Professor Dr. Christoph A. Schaltegger liegt nun eine interessante und aufsehenerregende Wasserstandsmeldung zum Beschäftigungsvolumen im öffentlichen Sektor vor. Aufgrund der zunehmenden Unschärfe in der Trennung von staatlichen, staatsnahen und privaten Aktivitäten geben die offiziellen Statistiken in der Regel ein verfälschtes Bild des staatlichen Fussabdruckes in der Schweiz wieder. Werden nebst der öffentlichen Verwaltung von Bund, Kantonen und Gemeinden auch die staatlichen und staatsnahen Unternehmen zum Beschäftigungsvolumen hinzugezählt, betrug gemäss der Studie der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtbeschäftigung in der Schweiz im Jahr 2019 satte 16,6%, was die in den offiziellen Statistiken ausgewiesenen 9,7% erheblich übersteigt.

Beunruhigend ist nicht nur dieser hohe Anteil, sondern auch die Dynamik dahinter. Gemäss der Studie wuchs die Beschäftigung (gemessen in Vollzeitäquivalenten) im öffentlichen Sektor zwischen 2011 und 2019 mit 12% überdurchschnittlich stark, verglichen mit einer Wachstumsrate von 9,7% im

privaten Sektor. Unschön ist zudem die Erkenntnis, dass einer der Haupttreiber des Verwaltungswachstums bei Bund, Kantonen und Gemeinden in den allgemeinen Verwaltungsausgaben zu orten ist. Höhere Beschäftigungsausgaben des öffentlichen Sektors sind nicht a priori volkswirtschaftlich schädlich, doch gerade dieser Kategorie von öffentlichen Ausgaben haftet der Ruf an, dass sie das Wirtschaftswachstum des privaten Sektors tendenziell hemmt.

Sowohl das Beschäftigungsvolumen des öffentlichen Sektors wie auch die staatlichen, kaufkraftbereinigten Verwaltungsausgaben sind damit auch in der Schweiz beträchtlich. Der Schweiz haftet immer noch der Ruf eines Landes mit einer schlanken und effizienten Verwaltung an, doch im europäischen Vergleich bewegen wir uns gemessen an Pro-Kopf-Werten bei beiden Kennzahlen nicht in der Spitzengruppe, sondern im europäischen Mittelmass.

Die Bundesverwaltung im Expansionsmodus

Die Personalkosten der Bundesverwaltung für ihre rund 40'000 Angestellten sind von 5 Milliarden Franken im Jahr 2011 um rund 20% auf 6 Milliarden Franken angestiegen. Dies liegt einerseits am Personalwachstum, andererseits aber auch an steigenden Löhnen. Gemäss dem eidgenössischen Personalamt ist der Durchschnittslohn im letzten Jahrzehnt um 6,5% gewachsen.

Die Bundesverwaltung ist eine grosszügige Arbeitgeberin, auch wenn man das durchschnittliche Bruttoerwerbseinkommen betrachtet. Dieses betrug im Jahr 2019 für eine Vollzeitstelle 117'176 Franken, verglichen mit 88'896 Franken in der Privatwirtschaft. Die Werte für die Kantone, Gemeinden und öffentlichen Unternehmen liegen dazwischen und sind somit auch höher als der Durchschnitt in der Privatwirtschaft.

Einer der Gründe für diese doch eklatanten Unterschiede ist der Trend zur Akademisierung in der Bundesverwaltung. Diese ist in den letzten 10 Jahren mit 17% deutlich angestiegen, verglichen mit einer Rate von 8% bei den kantonalen Verwaltungen und 4% bei den Gemeinden. Gleichzeitig nimmt der Anteil der gering Qualifizierten ab. Aufgrund dieser zunehmenden Akademisierung und Spezialisierung ist es wenig verwunderlich, dass die Personalkosten des Bundes gemäss der Studie ab 2008 mit jährlich 2,8% deutlich stärker wuchsen als bei den Kantonen (2,4%) oder den Gemeinden (1,6%). Damit geht jedoch auch eine Verschiebung zwischen den staatlichen Ebenen einher, was sich mit den schweizerischen Pfeilern der Subsidiarität und des Föderalismus nur schlecht verträgt.



ANTEIL DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS AN DER GESAMTBESCHÄFTIGUNG (2019)

**Bund, Kantone, Gemeinden,
sowie alle staatlichen und staatsnahen Betriebe: 16.6%**
Offizielle Statistik (nur Bund, Kantone, Gemeinden): 9.7%



BESCHÄFTIGUNGSZUWACHS (ZWISCHEN 2011 UND 2019)

Öffentlichen Sektor: +12%
Privater Sektor: +9.7%



PERSONALKOSTEN DER BUNDESVERWALTUNG

heute: rund 6 Milliarden Franken
2011: rund 5 Milliarden Franken



BRUTTOERWERBSEINKOMMEN FÜR EINE VOLLZEITSTELLE (2019)

Bundesverwaltung: 117'176 Franken
Privatwirtschaft: 88'896 Franken



ZUWACHS DER AKADEMISIERUNG IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR IN DEN LETZTEN 10 JAHREN

Bundesverwaltung: +17%
Kantone: +8%, Gemeinden: +4%

So viel Staat wie nötig, so wenig wie möglich

Angesichts dieser Zahlen, die sich nur bedingt mit dem in der Bevölkerung verankerten Selbstbild der Schweiz decken, stellen sich einige grundsätzliche Fragen. Welche Grösse an öffentlichem Sektor benötigt die Schweiz und ab welcher Grösse wird der staatliche Fussabdruck wachstumshemmend? Wieviel Grenznutzen für Bevölkerung und Wirtschaft stiftet eine zusätzliche Verwaltungseinheit? Welche Aufgaben und Tätigkeiten können dem privaten Sektor überlassen werden? Mit welchen Mitteln kann einem ungebremsten Wachstum des staatlichen Sektors Einhalt geboten werden?

Das Wesen der Bürokratie und deren eigentümlichen Drang zur stetigen Ausweitung kennt man nicht nur aus dem öffentlichen Sektor, sondern zum Teil auch aus Grossunternehmen. Marktmechanismen spielen bei monopolistischen Strukturen nur bedingt, sei dies im öffentlichen oder im privaten Sektor. Doch anders als im Privatsektor haben die Bezüger von staatlichen Angeboten oftmals keine Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln.

Daneben stellen sich angesichts des wachsenden Fussabdrucks des Staates weitere wichtige Fragen, wie etwa bezüglich der verbesserungswürdigen Governance in öffentlichen und staatsnahen Unternehmen oder den zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen, welche aufgrund ihrer Staatsnähe oftmals über längere Spiesse als private Marktteilnehmer verfügen. Die Studie bietet eine exzellente Grundlage, um die Diskussion über eine drohende weitere Ausdehnung des öffentlichen Sektors zu intensivieren.

Die Studie kann beim Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik IWP der Universität Luzern unter folgendem Link heruntergeladen werden:

<https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaeftigung-in-der-schweiz/>



Centre Patronal besteht seit 1940 mit Sitz in Paudex bei Lausanne, seit 1973 mit einer Niederlassung in Bern und beschäftigt über 250 qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Centre Patronal Bern ist anerkanntes Kompetenzzentrum im Arbeitsrecht, Herausgeber arbeitsrechtlicher Standardwerke, qualifizierter Partner im Verbandsmanagement und bietet praxisbezogene Weiterbildung an. Verbände und Institutionen profitieren von langjähriger Erfahrung in der politischen Interessenvertretung sowie bei der Planung und Umsetzung von Lobbying-Strategien. Zur Politik und Verwaltung wird ein vertrauensvoller und dynamischer Kontakt gepflegt.

Wir setzen uns für Sie ein!

Der **Bund der Steuerzahler (BDS)** ist die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz.

Seine rund 3'000 Mitglieder kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Mit ihren Beiträgen geben sie dem Bund der Steuerzahler die gerade im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik notwendige finanzielle Eigenständigkeit. Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie den Kampf des BDS.

Wir setzen uns ein ...

- für ein zeitgerechtes Steuer- und Abgabesystem,
- für eine Vereinfachung der Besteuerung,
- für eine Reduktion der Steuer- und Abgabenlast,
- für eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung,
- für einen Abbau des Schuldenberges und der Defizite in den öffentlichen Haushalten von Bund, Kantonen und Gemeinden,
- für die Verhinderung der Verschwendung von Steuergeldern,
- für einen leistungsfähigen und starken, aber dennoch schlanken Staat.

Wir schauen dem Staat auf die Finger:

- Wir bekämpfen die Gesetzesflut.
- Wir machen konkrete Vorschläge zur Verbesserung von Gesetzen.
- Wir vertreten die Interessen der Steuerzahler bei Vernehmlassung zu neuen Gesetzen.
- Wir erarbeiten Gutachten wie auch Stellungnahmen zu den wichtigen finanz- und steuerpolitischen Geschäften und Themen.
- Wir überprüfen die Budgets von Bund, Kantonen und Gemeinden.
- Wir werten Rechnungsprüfungsberichte aus.
- Wir sagen, wie Ausgaben eingespart und Steuererhöhungen vermieden werden können.



**Werden Sie jetzt Mitglied beim
Bund der Steuerzahler!**

www.bds-schweiz.ch
oder Anmeldetalon auf der letzten Seite ausfüllen



Bund der Steuerzahler

Damit wir unsere Ziele erreichen können, sind wir auf Mitstreiter angewiesen. **Werden Sie jetzt BDS-Mitglied**, um unsere Anliegen zu unterstützen. Vielen Dank!

Jahresbeitrag: Mitgliedschaft auf

- Einzelmitglied Fr. 35.– Lebenszeit:
- Ehepaar Fr. 50.– Einzelmitglied Fr. 600.–
- Firma Fr. 100.– Ehepaar Fr. 750.–

Ich möchte den BDS finanziell unterstützen!

Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Firma _____

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Natel _____

E-Mail-Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte
frankieren

**Bund der Steuerzahler
General-Wille-Strasse 12
8002 Zürich**